

EVP-Nationalrätinnen

Maja Ingold ZH maja.ingold@parl.ch 079 339 23 22

Marianne Streiff BE marianne.streiff@parl.ch 079 664 74 57

Sessionsbericht

Nr. 3 Frühling 2011

Liebe Leserinnen und Leser,

Die Frühlingssession war einerseits befrachtet mit weitreichenden Entscheiden in Bezug auf das Handeln der Schweiz in der Welt und andererseits mit gesetzgeberischem Handlungsbedarf in unserem Land. Gleichzeitig galt es den Blick und die Meinungsbildung zu schärfen für möglichen Flüchtlingsströme als Folgen der Revolutionen in Nordafrika und die drohende Nuklearkatastrophe in Japan. Der Bericht ist wiederum ein kleiner Ausschnitt aus einer umfangreichen Traktandenliste und wirft einen Blick auf diejenigen Sessionsgeschäfte, die uns persönlich beschäftigt haben. Darunter sind auch parlamentarische Vorstösse und ein kurzer Einblick ins „Rahmenprogramm“ dh. all die Veranstaltungsangebote ausser den ca. 100 Stunden Sitzungen, dh. morgens vor der Session, während der Mittagspause oder nach 19 Uhr. Wiederum sind Links und Hinweise zu finden auf der Parlaments-Website www.parlament.ch oder EVP-Themen auf www.evppev.ch.

Entwicklungshilfe und IWF-Kredite – 6 Vorlagen für internationales Engagement der Schweiz

Die sechs Vorlagen bilden ein Gesamtpaket, mit dem die Schweiz ihre internationale Mitverantwortung wahrnehmen will, indem sie auf verschiedenen Ebenen zur nachhaltigen globalen Entwicklung beiträgt. Über den Internationalen Währungsfonds werden Industrie- und Schwellenländer finanziell stabilisiert. Herzstück des Pakets ist die 5%-Zusatzbotschaft, die sicherstellt, dass die Hilfe der Schweiz auch den ärmsten Ländern zugute kommt. Der grösste Teil wird auf zwei Themen konzentriert: Klima und Wasser. Dh. für den Zugang zu Trinkwasser und sanitären Installationen in ländlichen Regionen und Kleinstädten, für sparsame Bewässerungssysteme in der Landwirtschaft und für die Senkung des



IN DIESEM BERICHT

Entwicklungshilfe, IWF-Kredite... 1
Trauerspiel Abzockerinitiative 2
Internetkriminalität 2
Managed Care 3
Humanforschungsgesetz 4
Sicherheitspolitischer Bericht 5
Parlamentarierveranstaltungen 5
Entwicklungszusammenarbeit 6
Vorstösse 6

industriellen Wasserverbrauchs.

Für diese Gesamtentscheide haben viele Politiker/innen im Nationalratsaal gezittert. In der Fraktion der CVP-EVP-glp anlässlich der Vorbesprechung schloss Hardliner Löpfe seine Gegenstellungnahme mit dem Ausspruch: „So ist das mit der christlichen Liebe, am Schluss muss die Kasse auch noch stimmen“. Diese Haltung hörte man aus vielen Voten der bürgerlichen Seite. Es ist salonfähig für die Schweiz zu schauen und nur vom allfälligen Überschuss zu geben. Jeder ist sich selbst der Nächste. Bei den Krediten für den IWF, die eine Art Defizitgarantie bilden, die bis jetzt nie benötigt wurde, wollte die SVP die Kredite sogar mit Gold hinterlegt haben. - Für alle Fälle! Doch die Beteiligung ist gar kein a-fonds-perdu-Betrag, sondern würde bei Bedarf als Kredit vergeben. Die Mehrheit des Rates anerkannte schlussendlich die humanitäre Verpflichtung und andererseits das grosse Eigeninteresse der Schweiz, dass der IWF, vor allem im Krisenfall umfangreiche Mittel einsetzen kann. Der IWF ist ein wichtiges Netzwerk und hat in der vergangenen Krise zur Stabilisierung des internationalen Währungs- und Finanzsystems beigetragen. Am Ende des zweiten Sessionsstages konnte man aufatmen, dass mit guten Mehrheiten das Paket unter Dach und Fach war.

Abzockerinitiative - ein Trauerspiel

Die Rede ist von der Volksinitiative "gegen die Abzockerei". Sie wurde vor fast über drei Jahren eingereicht. Zugegeben, seit der Nationalrat in der Frühjahrs-session 2010 beschlossen hat, sowohl die Volksinitiative "gegen die Abzockerei" als auch den direkten Gegenvorschlag zur Annahme zu empfehlen, wurde das Geschäft in den Kommissionen nur noch verkompliziert. Bundesrätin Sommaruga schien als einzige den Überblick zu bewahren: Zitat: „Die Ausgangslage ist komplexer denn je: Sie haben eine Volksinitiative, die von einem Rat zur Annahme und vom andern Rat zur Ablehnung empfohlen wird; Sie haben einen Gegenvorschlag, der aber eingefroren, respektive in einer Kommission sistiert ist; Sie haben drei verschiedene indirekte Gegenvorschläge, von denen einer in einer Kommission sistiert ist und ein anderer bereits drei Mal aufgesplittet worden ist. Das ist die Ausgangslage.“

Es ist verständlich, dass dem Volk langsam der Geduldsfaden reisst. Aber diese Debatte war noch nicht der letzte Akt dieses Trauerspiels. Scheinbar soll mit allen Mitteln vermieden werden, dass ein Entscheid des Volkes vor den Wahlen gegen den Willen der Bürgerlichen gefällt werden kann. Als Parlamentarierinnen schämen wir uns, dass ein Geschäft, auf welches die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger schon lange warten, nur hinausgezögert wird, weil Wahljahr ist.

Härtere Strafen für Internetkriminelle, doch nicht für Kinderpornografie

Das Internet kennt keine geografischen Grenzen, die Hacker und anderen „Hausfriedensbrecher“, die unbefugt in fremde Datenverarbeitungssysteme eindringen, auch nicht. Deshalb arbeitet die Schweiz hier mit vielen anderen Staaten zusammen. Die Europaratskonvention über Cyberkriminalität ist bis

HOME PAGE DER EVP UND
INFORMATIONEN ZUR NATIONALEN POLITIK

www.evppev.ch

Medienmitteilungen

Parlamentarische
Vorstösse
Nationalrätinnen

Klicken Sie:

- ◆ www.evppev.ch
- ◆ Schnellzugriff
- ◆ Die EVP im Nationalrat
- ◆ Parlamentarische Vorstösse im Nationalrat

heute das einzig internationale Übereinkommen, welches sich mit der Computerkriminalität und mit Netzwerkdelikten befasst. Die Konvention umfasst zahlreiche Artikel, zu denen die einzelnen Staaten auch Vorbehalte anbringen können, um sie mit den eigenen Normen in Übereinstimmung zu bringen. Für unsere Fraktion war ein Vorbehalt höchst fragwürdig. Gemäss Art. 9 der Konvention macht sich strafbar, „wer mittel eine Computersystems vorsätzlich Kinderpornografie anbietet, zugänglich macht, verbreitet, übermittelt, sich verschafft, besitzt oder für die Verbreitung mittels Computer herstellt“. Die Konvention sieht eine Alterslimite von 18 Jahren vor – die Schweiz will bei 16 Jahren bleiben, vorläufig. Unseres Erachtens sollte jeder Anbieter von Pornografie mit Minderjährigen grundsätzlich unter Strafe gestellt werden und nicht nur unterhalb der Altersgrenze 16. Es besteht auch die Gefahr, dass Sex-Websites in die Schweiz verlagert werden, weil hier die Altersgrenze 16 ist und damit eine Insel des Freiraums entsteht. Der Rat hat der Übereinkunft zugestimmt, wir schlossen uns wenig überzeugt an, aus übergeordneten Überlegungen. Für die Strafverfolgung und Eindämmung der Kinderpornografie bis zum Alter 18 werden aber sicher noch Wege gesucht werden müssen. (Fraktionsvotum Maia Ingold)

Managed-Care-Modelle in den Krankenversicherungen müssen durch Qualität überzeugen

Grundsätzlich sind sich Stände- und Nationalrat einig: integrierte Versorgungsnetze sind zukunftstaugliche Modelle wenn auch nicht Allerweltsrezepte gegen die Kostensteigerungen im Gesundheitswesen. Zu diskutieren waren in der Differenzbereinigung dieser Vorlage eigentlich nur noch zwei Punkte: Sollen die Krankenkassen verpflichtet werden, Managed Care-Modelle anzubieten und die Höhe der Selbstbehalte, die die Patienten im oder ausserhalb solcher integrierter Modelle wie Ärztenetze, HMO-Modelle etc. übernehmen müssen. Wenn der Präsident von Santésuisse (Krankenkassen-Dachverband) so emotional anredet gegen die Angebotsverpflichtung, wie er es getan hat im Ratsaal, liegt der Gedanke nahe, genau das zu beschliessen, weil allzu offensichtlich mächtige Interessen im Spiel sind. Die Verpflichtung hat denn auch obsiegt, obwohl klar sein muss, dass die Qualität und Innovativität solcher Versorgungsmodelle nicht durch Zwang entstehen. Auch für die Patienten soll das Umsteigen und der Teilverzicht auf die freie Arztwahl durch Qualität der Dienstleistung motiviert sein und nicht bloss aus finanziellem Anreiz. Deshalb hätten wir für die Selbstbehalte nicht die „Strafe“ von 20% gesetzt für diejenigen, die nicht in ein solches Modell eintreten wollen. Die Angst vor Prämien erhöhungen hat wohl die Mehrheit gesteuert, die das dann doch beschlossen hat. Die Summe der Selbstbehalte pro Kalenderjahr kann nicht höher sein als was der Bundesrat beschliesst als Obergrenze. Diese Aufgabe wird Bundesrat Burkhalter noch beschäftigen, da die ganze Gesetzgebung, wenn das Referendum ergriffen wird, vom Volk akzeptiert werden muss.

Vorstösse von NR W. Donzé, vertreten durch Marianne Streiff

Walter Donzé hat vor zwei Jahren die Sorge und einen Aufruf der jungen EVP-Schweiz aufgenommen - nämlich: die Problematik der Jugendverschuldung ernster zu nehmen. Er hat dazu zwei Motionen eingereicht, über die nun abgestimmt wurden:

Einführung einer obligatorischen Versicherung auf Konsumkrediten bei Arbeitsplatzverlust und Arbeitsunfähigkeit

Wir sind eine Gesellschaft geworden, die auf Pump lebt. Zahlreiche, gerade jüngere Menschen finanzieren ihr Auto mit einem Leasingvertrag. Die verlangte Sicherheit bräuchten vor allem junge Menschen mit wechselndem Wohnsitz und ungewisser Biografie. Mit der Einführung dieses Versicherungs-Obligatoriums würden die Arbeitslosenversicherung und die IV geschützt, die beide nicht für Schuldentilgung vorgesehen sind, und die Sozialkosten würden sinken. Der Vorstoss wurde knapp abgelehnt. Für die Annahme der Motion stimmten 79, dagegen 91 Ratsmitglieder.

Votum Marianne Streiff:

Humanforschungsgesetz schützt Würde und Persönlichkeit des Menschen in der Forschung

Gleich zu Anfang musste mit der Zweckbestimmung des ganzen Gesetzes die Weiche gestellt werden. Heisst es: es soll die Menschen in der Forschung schützen, soweit es ihre Würde, Persönlichkeit und Gesundheit erfordern? Oder: Es soll Würde, Persönlichkeit und Gesundheit ... schützen, in der Reihenfolge, wie es in der Bundesverfassung steht? Mit hauchdünner Mehrheit von 77:76 obsiegte die Meinung, dass das ein Schutzgesetz ist und nicht vor allem für eine grössere Gewichtung der Forschungsfreiheit. Wir, die EVP-Nationalrätinnen haben für diesen Entscheid gesorgt und haben uns besonders gefreut, in diesem Kernthema der EVP, nämlich einer Wertefrage, das Zünglein an der Waage zu spielen.

In diesem Spannungsfeld wurden alle Debatten in der Detailberatung geführt. Von einer Zweidrittelmehrheit getragener Konsens war die Überzeugung, dass „die Forschung am Menschen nur durchgeführt werden darf, wenn deren Relevanz für die Wissenschaft sowie für das Verständnis von Krankheiten des Menschen beziehungsweise von Aufbau und Funktion des menschlichen Körpers oder für die öffentliche Gesundheit feststeht“. Zu reden gab erwartungsgemäss auch der Abschnitt über die Forschung mit schwangeren Frauen sowie an Embryonen und Föten. Marianne und mir war es wichtig, dass Forschung nicht mit minimalen, sondern keinen Risiken für die Ungeborenen verbunden sind. Bei der Unterscheidung ob tote Embryonen und Föten aus Spontanaborten oder Schwangerschaftsabbrüchen der Forschung zur Verfügung stehen, stimmten wir geteilt.

Die Forschungsprojekte und deren Durchführung sollen von Ethikkommissionen überprüft werden. Sie müssen den ethischen, rechtlichen und wissenschaftlichen Anforderungen dieses Gesetzes entsprechen und der Schutz der betroffenen Personen muss gewährleistet sein.



Änderung des Konsumkreditgesetzes

Mit dieser Motion sollte eine Änderung des Konsumkreditgesetzes bewirkt werden. Die Motion verlangte vom Bundesrat, die fiktive Amortisation für Leasing-Kunden auf eine Dauer von 24 Monaten zu begrenzen. In Ergänzung zum geltenden Recht wollte sie eine spezielle Regelung im Alterssegment 18 -25 Jahren. Es ging um den Schutz junger Menschen vor der Schuldenfalle: Für Personen unter 25 Jahren sollte die Kreditfähigkeit für die Tilgung innert 24 (statt 36) Monaten berechnet werden. Damit würde die Hürde für die Aufnahme eines Konsumkredits höher, das Risiko für alle Beteiligten und die öffentliche Hand aber kleiner. Leider wurde auch diese Motion abgelehnt. Für die Annahme der Motion stimmten 70, dagegen 91 Ratsmitglieder.

Votum Marianne Streiff:

Sicherheitspolitischer Bericht des Bundesrates

Was will der sicherheitspolitische Bericht? Er nimmt eine Analyse der sicherheitspolitischen Entwicklung der letzten zehn Jahre vor. Die bisherige Strategie der Schweiz wird im Grundsatz nach wie vor als richtig erachtet. Als Neuerung im sicherheitspolitischen Bericht ist zu erwähnen, dass Sicherheitspolitik noch umfassender verstanden wird als bisher. Es geht nicht nur um die Sicherheitspolitik des Bundes, sondern auch um jene der Kantone und Gemeinden, also um die gesamte Schweiz. Dem Bericht ging eine gesamtschweizerisch breitabgestützte Vernehmlassung voraus. Er setzt einerseits einige neue Akzente - etwa bei der Gefahr durch Terrorismus, bei der Cyberdefence und bei der neuen Sicherheitsmassnahme mit dem Sicherheitsverbund Schweiz - ist andererseits eine teilweise Fortschreibung des Sicherheitspolitischen Berichtes 2000.

Votum Marianne Streiff als Fraktionssprecherin CVP-EVP-glp:

Sehr geehrte Frau Nationalrätin....

Kurz vor jeder Session füllen sich unsere Postfächer und E-Mail-Posteingänge mit Einladungen zu teilweise hochinteressanten Mittags- oder Abendveranstaltungen während der Session. Organisiert werden sie hauptsächlich von Branchenverbänden, Parlamentarischen Themengruppen, Berufs- und Spartenorganisationen sowie von Firmen, aus nationalen und internationalen Netzwerken. In der Regel wird zu hochstehenden Referaten von bekannten Branchenkennern eingeladen. Zwischen über vierzig Angeboten galt es auch vor der letzten Session auszuwählen. Wo wollen und sollen wir unseren Horizont erweitern? Ebenso spannend wie unterschiedlich die Themengebiete.

Eine kleine Auswahl:

Auf dem Weg an die digitale Weltspitze: Die «Digitale Agenda 2020»

Public Private Partnership aus Sicht der Industrie und der Dienstleister

Das Präventionsgesetz – nationale Perspektiven für Gesundheitsförderung und Prävention

Raumkonzept Schweiz und Metropolitanpolitik: Vier Zentren – eine Strategie

Brisolée-Anlass zum Thema Wasser von aquanostra

Frühlingsanlass der Vereinigung Schweizerischer Privatbankiers

Parlamentarieranlass Privatkliniken Schweiz

Tag der Tourismuswirtschaft

Dinnertalk von Interpharma

Sessionsanlass 2011 „Ingenieure gestalten die Zukunft der Schweiz“

Die Schweiz als Batterie für Europas erneuerbare Energie

Cyberdefence

Qualität in den Medien – kontrollier- und finanzierbar?

Wo sagen wir zu, wo ab? Was steht im Moment im Vordergrund: Networking, Weiterbildung, Horizonterweiterung? Es ist stets spannend, die richtige Triade zu treffen.

Adieu Maria Wyss

Eine Lobbyistin der besonderen Art hat sich für immer aus dem Bundeshaus verabschiedet. Maria Wyss, Bundeshausbetreiberin starb an einer heimtückischen Krankheit. Die Beterin war weder Theologin noch Pfarrerin, sondern Immobilienverwalterin und Inhaberin eines Lederwarengeschäfts in der Altstadt von Burgdorf. Es sei Legitimation genug, dass sie «das Wort Gottes mit Inbrunst lese» und sich «durchs Leben gebetet» habe, sagte sie unlängst einem Journalisten. Maria Wyss bezeichnete sich selbst als «wandelnde Provokation» in der Wandelhalle. Denn: «Das Wort vom Kreuz gefällt nicht allen.» Ablehnung sei für sie aber kein Problem. Zumal es auch viel Zuspruch gebe. Etwa von Pascal Couchepin, der sie öfters ermutigt habe: «Es ist gut, dass



Sie beten. Beten Sie noch mehr!»
Wir gedenken ihr in Dankbarkeit.

Eine Veranstaltung hat eine ganz grundsätzliche und womöglich strategisch gewichtige Frage aufgeworfen:

„Entwicklungszusammenarbeit: Ist der Fokus Armutsbekämpfung falsch?“

Die Frage wurde in einer Parlamentariergruppe „Suisse-Solidarité internationale“ erörtert, in der wir uns engagieren. Die Arbeitsgemeinschaft Alliance-sud (Zusammenschluss von Swissaid, Fastenopfer, Brot für alle, Helvetas, Caritas, Heks) organisiert periodisch Diskussionsrunden zusammen mit der Deza (Direktion für Entwicklung und Zusammenarbeit). Lange Jahre wurde und wird die Armutsbekämpfung auf die Bildung, Gesundheit und ländliche Entwicklung konzentriert. Heute wird die folgende These diskutiert: Nur ein starkes Wirtschaftswachstum kann die Armut dauerhaft vermindern. Die Hilfe muss den ökonomischen Aufbau und die Schaffung von Beschäftigung und Einkommen priorisieren, um die Milleniumsziele zu erreichen, nämlich die Armut zu halbieren. Das bedeutet die Zusammenarbeit mit dem Privatsektor, die Förderung von KMU's, die Arbeitsmarkt orientierte Berufsbildung, die Entwicklung eines Finanzsektors etc. Das klingt im ersten Moment fremd, überzeugt aber sehr schnell, wenn man daran denkt, dass auch Menschen in Entwicklungsländern Kredite brauchen, Mikrokredite, Risikoversicherungen (zB.. gegen Missernten infolge Klimawandel) und wirtschaftliche Selbständigkeit wollen. Die bestehenden Netzwerke der NGO's und staatlichen Stellen werden wachsen und neue ungewöhnliche Partner bekommen wie zB. Versicherungsunternehmen. Die Firma SwissRe hat zB. schon viele erfolgreiche Partnerprojekte pilotiert. Die Veranstaltung hat innovative Lösungsansätze aufgezeigt. Es gibt ungewöhnliche interessante und ermutigende Perspektiven.



Vorstösse der Frühlingssession

Auf die Gefahr der nuklearen Katastrophe in Japan und die Fragen zur Sicherheit und zur Bewilligungspraxis unserer AKW's haben wir sofort mit der Einreichung von Vorstössen reagiert, uns aber davor mit vielen anderen Themen vertieft befasst.

Marianne Streiff:

- ◆ Motion: Steuerabzug für Freiwilligenarbeit
- ◆ Motion: Nationale Kommission zur Verhütung von Folter
- ◆ Interpellation: Sind Schweizer Atomkraftwerke sicher genug?
- ◆ Motion: Mühleberg sofort stilllegen
- ◆ Motion: Beznau I und II innert 3Jahren stilllegen

Maja Ingold:

- ◆ Motion: Verkürzung der Jugendstrafverfahren. Wirksamkeitsevaluation
- ◆ Fragestunde: Steuerabzugsfähigkeit von Kinderalimenten
- ◆ Fragestunde: Fortsetzung der Integrationspolitik: Förderung im tripartiten Rahmen
- ◆ Interpellation: Aufsicht über die Kernkraftwerke
- ◆ Motion: AKW. Nach 40 Jahren entscheidet der Bundesrat

Einmal mehr haben wir uns gefreut, dass wir auch als kleine Vertretung bei einer wichtigen Vorlage das Zünglein an der Waage haben spielen dürfen.

Für Ihr Interesse an unserer Arbeit und für all Ihre Unterstützung danken wir Ihnen, liebe Leserinnen und Leser herzlich

Maja Ingold und Marianne Streiff

Unsere
eingereichten
Vorstösse
finden Sie
unter

[Link Vorstösse
Marianne Streiff](#)

[Link Vorstösse
Maja Ingold](#)

